

2. Erdölimporte: Südafrika selbst besitzt kein Erdöl, Importe sind aus diesem Grund für den Apartheid-Staat strategisch äußerst wichtig. International besteht seit 1979 ein von der OPEC verhängtes, von der UN-Generalversammlung unterstütztes freiwilliges Oilembargo gegen Südafrika; Pretoria muß seit diesem Zeitpunkt seinen Bedarf durch Einkäufe auf den Spotmärkten decken. Offiziell werden keine Angaben über die Kosten dieser Käufe veröffentlicht; aus Untersuchungen des Shipping Research Bureau Amsterdam wissen wir jedoch, daß Südafrika zusätzlich zu seiner Ölrechnung von etwa 3 Mrd. US-\$ jährlich noch etwa 2 Mrd. US-\$ für die Umgehung des Embargos ausgeben muß.

3. Namibia: Außenpolitisch wird Namibia - die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika - nach wie vor von südafrikanischen Truppen völkerrechtswidrig besetzt gehalten, sind die Frontstaaten nach wie vor einer militärischen Bedrohung seitens Südafrikas ausgesetzt. Allein die militärischen Kosten dafür werden auf mehr als 1 Mrd. US-\$ geschätzt; Südafrikas Beitrag zum Budget von Namibia macht ca. 28 % aus, das ist ca. eine halbe Milliarde Rand für 1984/85 (4).

4. Finanzierung der Bantustans: Ein Hauptelement der Apartheid-Politik bilden die Bantustans, Afrikanern zugewiesene Reservate. Vier dieser Bantustans wurden bisher für "unabhängig" erklärt und aus dem südafrikanischen Staatsverband ausgegliedert. 8 Mio. schwarze Südafrikaner verloren dadurch ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft und wurden zu "Bürgern" eines Bantustans erklärt. Diese Reservate können nur durch Zuwendungen aus Südafrika am Leben erhalten werden; gegenwärtig machen diese etwa 75 % des jeweiligen Bantustan-Budgets aus.

5. Die Regierungsausgaben machen gegenwärtig ca. 30 % des Bruttonationalprodukts aus (5). Bedingt durch die sogenannten Verfassungsreformen - Schaffung dreier Parlamentskammern, des President's Council und den Ausbau des Nationalen Sicherheitsrates - sind sie weiter im Ansteigen begriffen. Verstärkt wird die ohnehin schlechte wirtschaftliche Lage Südafrikas durch externe Einflüsse wie die Dürre der Jahre 1982/83/84, die Südafrika von einem Exporteur von Agrarprodukten zu einem Importeur solcher Produkte machte. Weiterhin hat der Verfall des Goldpreises auf dem Weltmarkt gravierende Folgen - der derzeitige Kurs beträgt ca. US-\$ 310 je Unze Gold -, ebenso der Verfall des

südafrikanischen Rands gegenüber ausländischen Währungen, der hohe Dollar-Kurs sowie die Inflation, die gegenwärtig bei 16 % liegt.

6. Goldproduktion: Gold ist für das Land der hauptsächliche Devisenbeschaffer. Die Goldproduktion ist seit 1973 fast stetig gefallen, für 1984 wurde ein weiterer Abstieg verzeichnet (6). Die Förderung betrug lediglich 676 Tonnen, verglichen mit 855 Tonnen 1973 und 706 Tonnen 1978. Gleichzeitig stieg die Förderung der anderen nichtsozialistischen Länder mit Ausnahme von Ghana weiter an. Insgesamt ist Südafrikas Rolle als Weltversorger von Gold im Abnehmen begriffen, und Südafrikas Goldminenproduktion macht nur noch weniger als zwei Drittel der Weltförderung außerhalb der Sowjetunion aus; 1973 hatte sie noch mehr als 80 % betragen.

Im vergangenen Jahr fiel auch der Weltabsatz südafrikanischer Goldmünzen - sogenannter Krugerrands - erneut um 27 % und betrug nur noch 82.000 Unzen. Der Verkauf anderer (nicht-südafrikanischer) Goldmünzen hingegen ist konstant geblieben oder hat zugenommen (7).

Österreichs Banken erneut beteiligt

Die Kosten der menschenverachtenden Apartheidpolitik sowie dieser miserablen wirtschaftlichen Lage werden zum einen durch die immens angestiegenen Auslandsanleihen gedeckt, zum anderen in jüngster Zeit auch zunehmend auf die Bevölkerung übergewälzt. Erhöhung der Einkommensteuer, Heraufsetzung der Warenumsatzsteuer, Verteuerung der Grundnahrungsmittel und anderer Waren sind inzwischen alltägliche Erscheinungen in der Rassistenrepublik geworden.

Ende 1982 vergab der Internationale Währungsfonds (IMF) einen 1,1 Mrd. US-\$ Kredit an Südafrika. Damit war international ein für Südafrika positives Signal verbunden, wird doch der IMF vor allem von den internationalen Privatbanken als eine Art Barometer betrachtet. Gewährt er Kredite, schließen sich viele Banken seiner Entscheidung an. 1984 gab es in der Tat öffentliche Anleihen an Südafrika im Gesamtwert von mindestens 1,48 Mrd. US-\$. Zehn dieser Anleihen waren öffentlich, d.h. daß sie im Wirtschaftsteil verschiedener Zeitungen veröffentlicht worden sind.

Österreichische Banken waren an acht dieser zehn öffentlichen Anleihen des Jahres 1984 beteiligt. Ihr Gesamtwert betrug US-\$ 402,7 Mio., was einer Beteiligung von knapp einem Drittel der 1984er Anleihen entspricht. Die Mehrzahl dieser öffentlichen Anleihen (nämlich sieben) wurden übrigens nach der Westeuropa-Tour des damaligen Premierministers und jetzigen Staatspräsidenten P. W. Botha vergeben; auch die "Verträge" mit Mocambique und Angola haben offensichtlich eine Rolle gespielt und die Kreditwürdigkeit des Rassistenregimes erhöht.

Insgesamt waren österreichische Banken zwischen Jänner 1984 und April 1985 an folgenden Anleihen beteiligt:

Tabelle 1: Teilnahme österreichischer Banken an südafrikanischen Anleihen (Mitte 1982 - 1984)

		1.	2.	3.
ALLGEMEINE SPARKASSE LINZ				
1984/89 Dpt. of Posts and Telecommunications (non-guaranteed)	P*)	\$ 42	\$ 42.0	Libor + .63 % (1-3) + .75 % (4-5)
BANK GEBRÜDER GUTMANN NFG. AG				
1983/88 ISCOR (RSA)	P	DM 100	\$ 41.3	9.00 %
CREDITANSTALT-BANKVEREIN				
1982/86 City of Johannesburg (RSA)	P	DM 50	\$ 20.0	10.00 %
1982/87 South African Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 40.0	9.25 %
1983/88 ISCOR (RSA)	P	DM 100	\$ 41.3	9.00 %
1983/90 ESCOM (RSA)	P	DM 150	\$ 62.5	8.50 %
1983/88 ESCOM (RSA)	P	\$ 75	\$ 75.0	11.50 %
1983/90 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 40.0	8.25 %
1983/90 Dpt. of Posts and Telecommunications (RSA)	P	DM 100	\$ 38.5	9.00 %
1983/91 Republic of South Africa	P	DM 200	\$ 72.7	8.50 %
1984/92 ESCOM (RSA)	P	DM 150	\$ 57.8	8.00 %
1984/91 Dpt. of Posts and Telecommunications (RSA)	P	DM 150	\$ 54.8	8.38 %
1984/92 ESCOM (RSA)	P	DM 100	\$ 34.6	8.25 %
1984/92 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 33.4	7.63 %
1984/92 Republic of South Africa	P	DM 250	\$ 83.6	7.75 %
1984/99 Dpt. of Posts and Telecommunications (RSA)	M*)	ECU 40*)	\$ 29.1	11.63 % (1-3)
GENOSSENSCHAFTLICHE ZENTRALBANK AG				
1982/86 City of Johannesburg (RSA)	P	DM 50	\$ 20.0	10.00 %
1983/88 ISCOR (RSA)	P	DM 100	\$ 41.3	9.00 %
1983/90 ESCOM (RSA)	P	DM 150	\$ 62.5	8.50 %
1983/88 ESCOM (RSA)	P	\$ 75	\$ 75.0	11.50 %
1983/90 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 40.0	8.25 %

(Fortsetzung Tabelle 1)

		1.	2.	3.
GIROZENTRALE UND BANK DER ÖSTERREICHISCHEN SPARKASSEN AG				
1982/86 City of Johannesburg (RSA)	P	DM 50	\$ 20.0	10.00 %
1982/87 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 40.0	9.25 %
1983/88 ISCOR (RSA)	M	DM 100	\$ 41.3	9.00 %
1983/90 ESCOM (RSA)	P	DM 150	\$ 62.5	8.50 %
1983/88 ESCOM (RSA)	P	\$ 75	\$ 75.0	11.50 %
1983/90 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 40.0	8.25 %
1983/90 Dpt. of Posts and Telecommunications (RSA)	P	DM 100	\$ 38.5	9.00 %
1983/91 Republic of South Africa	P	DM 200	\$ 72.7	8.50 %
1984/99 Republic of South Africa	P	ECU 40	\$ 34.4	11.25 % (5 yrs)
1984/92 ESCOM (RSA)	P	DM 150	\$ 57.8	8.00 %
1984/91 Dpt. of Posts and Telecommunications (RSA)	P	DM 150	\$ 54.8	8.38 %
1984/92 ESCOM (RSA)	P	DM 100	\$ 34.6	8.25 %
1984/92 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 33.4	7.63 %
1984/92 Republic of South Africa	P	DM 250	\$ 83.6	7.75 %
ÖSTERREICHISCHE LÄNDERBANK AG				
1982/86 City of Johannesburg (RSA)	P	DM 50	\$ 20.0	10.00 %
1982/87 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 40.0	9.25 %
1983/88 ISCOR (RSA)	P	DM 100	\$ 41.3	9.00 %
1983/90 ESCOM (RSA)	P	DM 150	\$ 62.5	8.50 %
1983/88 ESCOM (RSA)	P	\$ 75	\$ 75.0	11.50 %
1983/90 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 40.0	8.25 %
1983/90 Dpt. of Posts and Telecommunications (RSA)	P	DM 100	\$ 38.5	9.00 %
1983/91 Republic of South Africa	P	DM 200	\$ 72.7	8.50 %
1984/89 Republic of South Africa	P	\$ 75	\$ 75.0	Libor + .19 %
1984/92 ESCOM (RSA)	P	DM 150	\$ 57.8	8.00 %
1984/91 Dpt. of Posts and Telecommunications (RSA)	P	DM 150	\$ 54.8	8.38 %
1984/89 Dpt. of Posts and Telecommunications (RSA)	P	\$ 42	\$ 42.0	Libor + .63 % (1-3) + .75 % (4-5)
1984/92 ESCOM (RSA)	P	DM 100	\$ 34.6	8.25 %
1984/92 SA Transport Services (RSA)	P	DM 100	\$ 33.4	7.63 %
1984/92 Republic of South Africa	P	DM 250	\$ 83.6	7.75 %
1984/91 Standard Bank Import & Export Finance Co Ltd. (Standard Bank of South Africa Ltd.)	M	\$ 75	\$ 75.0	Libor + .25 %

(Fortsetzung Tabelle 1)

	1.	2.	3.
SALZBURGER SPARKASSE 1984/99 Dpt. of Posts and Tele- communications (RSA)	P	ECU 40 \$ 29.1	11.63 % (1-3)
ZENTRALSPARKASSE UND KOMMERZIALBANK 1984/88 Dpt. of Posts and Tele- communications (RSA) (non-guaranteed)	P	\$ 40 \$ 50.0	Libor + .63 % (1-3) + .75 % (4)

Quelle: UN Centre Against Apartheid, Bank Loans to South Afrika. Zit.
nach: Eva Miltz, Bank Loans to South Africa Mid 1982 to End 1984, Genf,
Weltkirchenrat o.J., S. 54 f.

Anmerkungen:

1. Höhe der Anleihe (in Mio.)
2. Höhe der Anleihe, umgerechnet in US-\$ (in Mio.)
3. Zinssatz

*) P = Teilnehmer; M = Manager; ECU = Europäische Währungseinheit

Von den österreichischen Banken sind vor allem die Creditanstalt-Bank-
verein, die Österreichische Länderbank AG, die Girozentrale und die Bank
der österreichischen Sparkassen AG sowie die Genossenschaftliche
Zentralbank AG am Geschäft mit der Apartheid beteiligt. Besonders
hervorzuheben sind hierbei die Creditanstalt-Bankverein und die
Österreichische Länderbank, die ja beide verstaatlicht sind.

Zwar ist der österreichische Delegierte bei den Vereinten Nationen seit 1976
immer für einen Stop von Investitionen und eine Beendigung von Krediten
an Südafrika eingetreten, die Creditanstalt-Bankverein jedoch war 1984 an
sechs öffentlichen Anleihen und bis April 1984 an zwei weiteren beteiligt.
Bei einer Anleihe an das südafrikanische Post- und Fernmeldeministerium im
November 1984 war sie sogar federführend als Ko-Konsortialführer tätig.

Wichtig für diese neue Entwicklung ist, daß auch andere österreichische
Banken sich seit 1983/84 verstärkt an der Konsortialführung beteiligten, so
die Genossenschaftliche Zentralbank und die Girozentrale. Seit 1975, wo
österreichische Banken das erste Mal als Konsortialführer aufschienen, ist
es 1983/84 das erste Mal wieder, daß österreichische Banken sich so offen
und häufig für das Apartheidregime engagieren.

Fast alle Anleihenehmer sind staatliche Unternehmen und haben im Rahmen
der Apartheidpolitik strategische Bedeutung. So war die staatliche
Elektrizitätsgesellschaft ESCOM mit dem Bau des ersten südafrikanischen
kommerziellen Atomkraftwerkes in Koeberg bei Kapstadt beteiligt. Dieses
ermöglicht es, Südafrika unter anderem, Plutonium und damit eine der

Voraussetzungen zum Bau von Atom-Bomben zu produzieren. Weiters ist
Koeberg wichtig, um Südafrikas Abhängigkeit von Ölimporten zu mindern.

SATS unterstehen die Eisenbahnen, Flug- und Seehäfen sowie die
Ölpipelines. Das Postministerium wiederum hat in den letzten Jahren
wichtige Investitionen im Kommunikationsbereich unternommen; die
Bedeutung hochentwickelter Kommunikationstechnik für die Militarisierung
des Landes ist offensichtlich.

Letztendlich tritt die südafrikanische Regierung selbst als Anleihenehmer
auf; Anleihen an sie kommen somit direkt der Apartheidpolitik zugute.

Die internationale Bankenkampagne

Seitdem sich Ende der 70er Jahre einige US-amerikanische Banken wie
vorher schon holländische Institute aus dem Apartheid-Geschäft
zurückgezogen haben, ist ein verstärktes Einspringen anderer Banken zu
sehen. Zusätzlich ist Südafrika bemüht, die Zahl der Anleihegeber
auszuweiten, um sich gegen drohende Sanktionen auf dem Bankensektor zu
wappnen. So sind in letzter Zeit französische, italienische und auch
österreichische Banken verstärkt an Anleihen an Südafrika und die
staatlichen Unternehmen beteiligt.

Zunächst waren es vor allem die bundesdeutschen und schweizerischen
Banken, die die Konsortialführung bei den Anleihen an Südafrika
übernahmen. Dies war möglich, da zu jener Zeit in diesen Ländern noch
keine Kampagnen gegen Bankanleihen an Südafrika existierten.

In den USA hatte die Kampagne zur Beendigung von Krediten an Südafrika
bereits Ende der 60er Jahre ihren Anfang genommen. Eine Reihe von
beachtlichen Erfolgen konnte in der Zwischenzeit erzielt werden. Fünfzehn
US-Banken haben bisher bekanntgegeben, sich nicht mehr an Krediten an
das Apartheidregime und seine staatlichen Unternehmen beteiligen zu wollen.
Der bedeutendste Erfolg wurde Anfang dieses Jahres errungen, als die
größte Privatbank der Welt, die Citybank, ihre Entscheidung bekanntgab,
das Geschäft mit Südafrika zu beenden. Die diesbezügliche Kampagne war
1980 gestartet worden. Eine Reihe kirchlicher und gewerkschaftlicher

Organisationen hatte ihre Konten bei der Bank gekündigt und Investitionen von ihr abgezogen. Anfang dieses Jahres kündigte schließlich die Stadt New York den vollständigen Abzug der städtischen Gelder (im Gesamtwert von 2 Mrd. US-\$) an, falls Citybank ihre Beteiligung an Südafrika-Anleihen nicht aufgeben sollte. Es war letztendlich sowohl die breite Öffentlichkeit, als auch der daraus erwachsende politische und wirtschaftliche Druck, der die Bank zu ihrer Entscheidung bewegte. Im März 1985 folgte ihr der Morgan Guaranty Trust, die fünftgrößte US-Bank.

Ein wesentliches Mittel der Kampagnen gegen Bankenanleihen an Südafrika ist das Abziehen von Konten von apartheidfreundlichen Banken. In den USA haben bisher 24 Städte und fünf Staaten eine derartige Divest-Gesetzgebung erlassen. Und alleine 1982 wurden öffentlich kontrollierte Gelder im Gesamtwert von 300 Mio. US-\$ aus Firmen, die mit Südafrika Geschäfte treiben, zurückgezogen (8). Es wird geschätzt, daß insgesamt bisher mehr als 2 Mrd. US-\$ an Geldern abgezogen wurden (9). Es besteht darüber hinaus eine große Chance, daß der US-Kongreß dieses Jahr Gesetzesentwürfe betreffend Sanktionen gegen Südafrika (inkl. eines Stops von Bankanleihen) annehmen wird.

Auch in anderen Ländern hat die Kampagne gegen Bankanleihen an Südafrika und gegen den Verkauf von Krugerrand Erfolge verzeichnet. Erst kürzlich hat eine intensive Schwerpunktaktion in den Niederlanden die Banken zur Einstellung des Krugerrand-Handels geführt. Auch zwei norwegische sowie eine kanadische Bank haben inzwischen den Verkauf von Krugerrand eingestellt. Für Österreich - hier wird jährlich ein Viertel des weltweiten Krugerrand-Verkaufs abgesetzt - haben diese Beispiele eine große Bedeutung.

In Japan (1974) und Schweden (1979) gibt es Gesetze, die den Banken der jeweiligen Länder die Teilnahme an Anleihen an Südafrika untersagen.

Aber auch internationale Organisationen sind an der Kampagne beteiligt. Besonders hervorzuheben ist der Ökumenische Rat der Kirchen (WCC), der das Thema der Wirtschaftsbeziehungen seit dem Ende der 60er Jahre diskutierte. 1981 verabschiedete der WCC fünf Kriterien, anhand derer das Engagement einer Bank am Südafrika-Geschäft beurteilt werden kann:

- * die Bank unterhält Filialen in Südafrika
- * die Bank erscheint regelmäßig als "Manager" von Krediten an Südafrika
- * die Bank hat seit Soweto 1976 weiterhin substantielle Darlehensgeschäfte gemacht
- * die Bank gewährt Darlehen an die Nuklearindustrie
- * die Bank gewährt Darlehen für direkte oder indirekte militärische Zwecke

In Anwendung dieser Kriterien zog der WCC seine Gelder von Union de Banque de Suisse, der Schweizerischen Bankgesellschaft und der Dresdner Bank ab.

Internationale Sanktionen

International verstärkt sich angesichts der Vorkommnisse in Südafrika der Ruf nach Sanktionen. Schon vor mehr als 20 Jahren hatte die unterdrückte Bevölkerungsmehrheit Südafrikas die Weltöffentlichkeit zum Handeln aufgefordert und Sanktionen gegen Südafrika verlangt. Zwei Friedensnobelpreisträger aus Südafrika, Albert Luthuli 1961 und Desmond Tutu 1984, haben dieser Forderung wiederholt Nachdruck verliehen. Zahlreiche Organisationen haben diesen Ruf erneuert, darunter die Organisation der Nichtpaktgebundenen Staaten. Im April 1985 verabschiedete das Europäische Parlament in Straßburg eine Resolution, die alle EG-Länder aufruft, ihre wirtschaftlichen, finanziellen, kulturellen und militärischen Verbindungen mit dem Apartheidregime zu brechen (10).

In Südafrika selbst hat die Vereinigte Demokratische Front (UDF), ein aus fast 700 Organisationen bestehendes oppositionelles Bündnis, kürzlich auf ihrer ersten Jahreskonferenz (5. - 7. 4. 1985) eine Resolution zu diesem Thema beschlossen, in der es unter anderem heißt: "Wir fordern eine Beendigung der Ausbeutung der Menschen und des natürlichen Reichtums unseres Landes durch ausländische Investoren. Wir weisen das Argument zurück, daß ausländische Investitionen den Unterdrückten und Ausgebeuteten Südafrikas zugute kommen ..."

Das Apartheidsystem ist von den Vereinten Nationen in Anlehnung an die Verbrechen des deutschen Faschismus als ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" bezeichnet worden und wird als eine Bedrohung des

Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gewertet. 40 Jahre nach der Befreiung Europas vom Faschismus sollte dies eine besondere internationale Verpflichtung zur Unterstützung des Widerstands in Südafrika bedeuten und jede Finanzierung der Apartheid politisch und ethisch unmöglich machen.

Anmerkungen

- (1) Eva Militz, Bank Loans to South Africa. Mid 1982 to End 1984 (Genf 1985). Zur führenden Rolle österreichischer Banken als Kreditgeber für Südafrika vgl. Adalbert Krims, Österreichs Banken finanzieren Apartheid, in: Walter Sauer / Theresia Zeschin (Hg.), Die Apartheid-Connection. Österreichs Bedeutung für Südafrika (Wien 1984), S. 128 - 139.
- (2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt), 30. 7. 1984.
- (3) Handelsblatt (Düsseldorf), 20. 3. 1985.
- (4) Ebda., 7./8. 12. 1984.
- (5) Financial Mail (Johannesburg), 2. 11. 1984.
- (6) Euromoney (London), Dec. 1984.
- (7) Handelsblatt (Düsseldorf), 14. 3. 1985.
- (8) International Herald Tribune (New York), 13. 3. 1985.
- (9) Ebda.
- (10) Rand Daily Mail (Johannesburg), 19. 4. 1985.

Tabelle 2: Bank Loans to South Africa, Mid 1982 to End 1984
Top Twenty Lenders

The following is a ranking of the top twenty parent banks identified in this report according to the total dollar amount of all loans in which the parent and its subsidiaries participated. The nationality of each parent is indicated in parentheses.

Parent Bank	Number of loans	Amount of loans (US \$ million)
1. Hill Samuel Group Ltd. (UK)	19	1397.8
2. Nedbank Group Ltd. (RSA)	19	1158.1
3. Union Bank of Switzerland (CH)	26	1111.5
4. Swiss Bank Corporation (CH)	23	1038.5
5. Cie Financière de Paribas (F)	19	927.8
6. Cie Financière de Suez (F)	18	897.8
7. Bayerische Vereinsbank (FRG)	16	866.5
8. Dresdner Bank AG (FRG)	18	861.0
9. Crédit Commercial de France (F)	17	847.8
10. Österreichische Länderbank AG (Au)	16	846.2
11. Hambros PLC (UK)	17	842.8
12. Société Générale (F)	16	830.1
13. Crédit Suisse (CH)	17	813.2
14. Berliner Handels- und Frankfurter Bank (FRG)	17	811.6
15. Bayerische Landesbank Girozentrale (FRG)	17	811.0
16. Westdeutsche Landesbank Girozentr. (FRG)	17	806.9

(Fortsetzung Tabelle 2)

	Number of loans	Amount of loans (US \$ million)
17. Kreditbank International Group (B)	17	802.7
18. Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG (FRG)	16	800.3
19. Schroeders Ltd. (UK)	15	799.2
20. Istituto Bancario San Paolo di Torino (It)	16	792.7

Quelle: Zit. nach: Eva Militz, a.a.O., S. 16.

Note:

The loan amounts represent the total value of all loans in which the parent corporation and/or its subsidiaries participated. In international loans where many banks participate, it is inaccurate to claim that the loan was made by any one of the banks listed. Thus, it cannot be said that Hill Samuel made \$ 1397.8 million of loans but only that it was involved (to an unknown degree) in \$ 1397.8 million of loans.

Tabelle 3: Bank Loans to South Africa, Mid 1982 to End 1984
Bank Grouped by Nationality

Nationality of Parent Bank	Number of banks	Number of loans	Amount of loans (US \$ mil.)
1. United Kingdom	26	34	1957.6
2. Switzerland	20	37	1520.4
3. Republic of South Africa	12	24	1382.3
4. Federal Republic of Germany	48	27	1235.0
5. France	23	22	1094.8
6. United States of America	20	20	1079.9
7. Austria	8	19	959.7
8. Belgium	7	19	927.7
9. Italy	11	18	884.7
10. International	6	20	848.5
11. Luxembourg	4	17	802.5
12. Nationality not available	9	14	744.2
13. Canada	2	11	516.8
14. Japan	1	5	264.2
15. Liechtenstein	1	5	225.7
16. Vatican City	1	5	171.9
17. Netherlands	1	4	163.8
18. Spain	1	2	145.0
19. Finland	1	1	57.8
20. Portugal	1	1	50.0

Quelle: Zit. nach Eva Militz, a.a.O., S. 15.

Note:

The dollar figures represent the total value of loans in which banks of each country participated. Because many banks of different nationalities take part in an international loan, it is inaccurate to claim, for example that Swiss bank made \$ 1520.4 million of loans to South Africa. It can only be said that Swiss banks were involved (to an unknown degree) in \$ 1520.4 million of loans.

Eva Militz, World Council of Churches
150, Route de Ferney, P.O.Box 66
CH-1211 Geneva 20

Harald Dossi

DER KRÜGERRAND: RECHT UND POLITIK

I.

Diese Arbeit enthält einige Gedanken zu einem Detailspekt der Diskussion über Wirtschaftssanktionen gegen die Republik Südafrika: die Möglichkeit eines Handelsverbotes oder einer Handelserschwerung für den Krügerrand. Eine solche Eingrenzung des Themas erscheint gerechtfertigt, da der Krügerrand sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in Sanktionsaufrufen internationaler Organisationen und in Sanktionsbeschlüssen von Staaten als selbständiger Punkt betrachtet wird.

Hier sollen außerdem schließlich *rechtliche* Aspekte des Krügerrandhandels beleuchtet werden. Zum einen gezwungenermaßen aus dem Dilemma des Juristen, der zu den hier auftauchenden ökonomischen, soziologischen oder psychologischen Problemen nicht kompetent Stellung nehmen kann (was einen interdisziplinären Ansatz für eine wirklich grundsätzliche Analyse unabdingbar macht), zum anderen aus der Beobachtung heraus, daß die gesamte Sanktions- genauso wie die Krügerranddiskussion unter politischen Gesichtspunkten mit Effizienzargumenten geführt wird. Rechtliche Argumente scheinen in dieser Diskussion vor allem die Funktion eines "last resort" zu haben, nämlich politische Überlegungen zu legitimieren. Daher ist es sicherlich nicht unwichtig, sich Gedanken über die Rechtsgrundlagen des Krügerrandhandels bzw. seiner Einschränkung zu machen, damit nicht, wie zur Zeit, beinahe jeder Diskussionsstandpunkt mehr oder weniger schlüssig - jedenfalls aber unüberprüft - juristisch untermauert werden kann.

II.

Der Krügerrand ist eine in der Republik Südafrika geprägte Goldmünze, die seit 1967 mit dem Gewicht von einer Unze Feingold und seit 1980 auch in Exemplaren von 1/2, 1/4 und 1/10 Unze Feingold angeboten wird. Aufgrund des South African Mint and Coinage Act No. 78 in der geltenden Fassung ist der Krügerrand gesetzliches Zahlungsmittel (legal tender), mit der

Besonderheit, daß er keinen Nennwert besitzt, sein Preis richtet sich vielmehr nach den jeweiligen Weltmarktpreisen des Goldes (1). In der Republik Südafrika wird der Krügerrand an Deviseninländer mit einem Mehrwertsteuer-Aufschlag von 20 % abgegeben, Devisenausländer können ihn mehrwertsteuerfrei erwerben. Der Krügerrand befindet sich in Südafrika nicht als Zahlungsmittel im Umlauf, sondern wird, wie überall sonst auf der Welt, als Sammel- und Wertsicherungsobjekt angesehen (2).

Gold ist die wichtigste Einnahmequelle Südafrikas und bringt dem Land ca. 40 % der gesamten Exporteinnahmen. Ein Drittel des südafrikanischen Goldexportes erfolgt in der Form von Krügerrandmünzen, was 1983 einen Wert von ca. 23 Mrd. Schilling bedeutete. Bis 1983 war die exportierte Gesamtmenge von Krügerrands kontinuierlich gestiegen, 1984 ist sie erstmals wieder gesunken, und zwar um 25 % (3). Diese wenigen Zahlen zeigen eindrucksvoll die Bedeutung, die der Krügerrandexport für die Regierung Südafrikas besitzt, eine Bedeutung, die wiederum - zumindest teilweise - die Beachtung erklärt, die dem Krügerrand bei der gesamten Sanktionsdiskussion geschenkt wird.

In Österreich wird der Krügerrand als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt, sein Handel ist daher gemäß § 6 Zif. 8 lit. b des Umsatzsteuergesetzes (4) mehrwertsteuerfrei, was den Verkauf dieser Münze gegenüber Barrengold und Sammelmünzen begünstigt. Allerdings ist aufgrund einer Kundmachung der Österreichischen Nationalbank (5) der Handel mit Goldmünzen, die ein gesetzliches Zahlungsmittel darstellen, nur Devisenausländern erlaubt. Auf die Tatsache, daß diese Bestimmung regelmäßig umgangen wird, soll hier nicht näher eingegangen werden (6).

Andere Münzen, die als gesetzliches Zahlungsmittel in den Genuß der Steuerfreiheit kommen, sind v.a. der kanadische Maple Leaf und der sowjetische Tschernowez, für die aber höhere Prägeaufschläge zu bezahlen sind.

Der Krügerrand ist innerhalb Europas nur noch in Luxemburg steuerfrei zu erwerben, in allen anderen Staaten wird er als Sammel- und Wertsicherungsobjekt betrachtet und besteuert. Von dieser Situation profitieren die österreichischen Banken, die im Vergleich zu anderen einen überproportional hohen Anteil des Krügerrandumsatzes abwickeln (7).